

Generalsekretär Peter Hintze:

Unser kommunikativer Wahlkampf greift

„Wir freuen uns über diesen großartigen Erfolg.“ So gab Generalsekretär Peter Hintze am 16. Mai auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus die Reaktion des Bundesvorstands auf das Ergebnis der Mitglieder-Abstimmung der nordrhein-westfälischen CDU über ihren Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1995 wieder.

Peter Hintze: Wir freuen uns, daß der Reformansatz, den Generalsekretär Herbert Reul im Vollzug der Landesparteitagsbeschlüsse verwirklichte, sich als richtig erwiesen hat. Wir hatten eine sehr hohe Wahlbeteiligung. 44 Prozent der Mitglieder haben am Sonntag den Weg in unsere Wahllokale gefunden oder beteiligten sich durch Briefwahl.

Ein Erfolg für die CDU in NRW

Die Abstimmung endete mit einem Erfolg für den Oppositionsführer im Landtag, Helmut Linssen. Er hat 52.722 Stimmen bekommen, knapp 60 Prozent. Aber auch Norbert Lammert, Parlamentarischer Staatssekretär im Bildungsministerium, hat mit 34.725 Stimmen, und damit knapp 40 Prozent, ein sehr achtbares Ergebnis erzielt.

Die nordrhein-westfälische CDU hat mit diesem Verfahren, ihren Spitzenkandidaten zu ermitteln, einen wichtigen Beitrag auch in der Diskussion

(Fortsetzung auf Seite 2)

Altersstruktur und Wahlverhalten

Im Allensbacher Monatsbericht („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 18. Mai) stellt Dr. Renate Köcher die wachsende Bedeutung der älteren Generation für die Wahlentscheidungen fest. Fazit des Artikels, den wir auf Seite 8-10 abdrucken: Diese Entwicklung kommt vor allem der CDU/CSU zugute, der die meisten besonderes Engagement für die ältere Generation zuschreiben.

UiD-extra

Wir gewinnen mit Europa.
Argumentations-Muster
für den Europa-
Wahlkampf 1994.

Pressestimmen

Ein Zeichen gesetzt

Ein Sieger stand für den Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul, bereits im Vorfeld der Mitgliederbefragung fest: die Partei. Tatsächlich hat die NRW-CDU mit dem zwischen Rhein und Weser praktizierten Stück Basisdemokratie auf elegante Weise ihr Personalproblem gelöst, das durch den Verzicht des Landesvorsitzenden Blüm auf die erneute Spitzenkandidatur entstanden war.

Der größte CDU-Landesverband hat damit weit über die NRW-Grenzen hinaus ein Zeichen gesetzt, das innerparteilich nicht ignoriert werden kann. Vermutlich wird auch die CDU, ebenso wie die SPD im vergangenen Jahr, eines Tages ihren Kanzlerkandidaten durch bundesweite „Volksbefragung“ ermitteln, sofern es mehrere Bewerber geben sollte.

Ein weiterer Sieger, das hat Reul in aller Bescheidenheit nicht erwähnt, stand ebenfalls bereits seit Wochen fest, nämlich Reul selbst. Der flinke Manager war es, der die Partiereform vorangetrieben und gegen nicht geringen Widerstand neuen Schwung in die NRW-CDU gebracht hat. Beim Zweikampf Linssen-Lammert ist er klugerweise ganz in die Rolle des neutralen

Organisators geschlüpft, so daß keiner der beiden Bewerber die Sorge haben mußte, vom „Parteiapparat“ übervorteilt zu werden.

Rheinische Post

CDU in NRW: Aufschwung

Die NRW-Union hat einen neuen Spitzenkandidaten per Urwahl gekürt. Der Sieger heißt Helmut Linssen, der sich gegen den Mitbewerber Norbert Lammert durchsetzen konnte. Gewonnen haben neben Linssen aber auch die 210.000 CDU-Mitglieder im Lande.

Beeindruckend ist die Wahlbeteiligung von 44,6 Prozent. Sie zeigt, daß die Union nicht nur neue Formen der innerparteilichen Mitbestimmung fordert. Sie ist auch gewillt, sie zu praktizieren. Das Ergebnis wird der NRW-CDU neuen Schwung geben.

Das öffentlich geäußerte Bekenntnis des CDU-Generalsekretärs Herbert Reul, die Union wolle aus Fehlern der Vergangenheit lernen, scheint überdies mehr als ein Lippenbekenntnis zu sein. Dafür spricht die faire Art, in der beide Bewerber miteinander umgegangen sind.

Insgesamt geht die CDU aus dem basisdemokratischen Abstimmungsverfahren, das vor wenigen Jahren noch unvorstellbar gewesen wäre, also durchaus gestärkt hervor.

Kölner Stadt-Anzeiger

(Fortsetzung von Seite 1)

um die Partiereform in der Gesamtpartei geleistet. Ich bin zuversichtlich, daß sie jetzt sturmfest ist, die SPD-Landesregierung 1995 herauszufordern und auch abzulösen.

● Über die Schlußphase des Europawahlkampfes:

In vier Wochen wird das Europaparla-

ment gewählt. Wir beginnen die Schlußphase mit der festen Zuversicht, daß wir bei der Europawahl wieder stärkste politische Kraft in Deutschland werden. Unterstützt wird diese Einschätzung durch Signale, die immer deutlicher eine Stimmungswende zu unseren Gunsten anzeigen.

Das hat äußere Bedingungen: die Konjunkturdaten ziehen an, reales Wachstum

Telefonansturm hat alle Erwartungen übertroffen

Nach der ersten Ausstrahlung des CDU-Fernsehspots zur Europawahl '94 am Montagabend standen die CDU-Telefone nicht mehr still. Über 60.000 Anrufer versuchten über die im Spot eingblendete Telefonnummer

(02 28) 1994

einen direkten Draht zur CDU herzustellen.

Dafür, daß direkt am ersten Abend der CDU-Aktion 1500 Bürger mit der CDU verbunden werden konnten, sorgten

50 Telefonisten/innen, die seit gestern bis zum Wahlsonntag am 12. Juni 1994 für alle interessierten Bürger ansprechbar sind. Dieses Gesprächsnetz, das bereits in der gestrigen Nacht mit großem Erfolg geknüpft werden konnte, werden wir weiter ausbauen.

Generalsekretär Peter Hintze: Ich bitte um Verständnis, daß viele Anrufer gestern noch nicht mit uns sprechen konnten. Zusätzliche Anschlüsse für unser Wählertelefon (02 28) 1994 werden schnellstmöglich geschaltet.

in diesem Jahr bundesweit 1,5 Prozent, weitere Zinssenkungen der Bundesbank, Steigerung der Geldwertstabilität. Wir rechnen damit, daß in diesem Jahr die Inflationsrate noch unter die 3-Prozent-Marke sinkt.

Die Menschen spüren, daß die Wirtschaftskräfte zunehmen und verbinden damit die berechtigte Hoffnung, daß sich 1995 und in den Folgejahren auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessern wird. Dies ist ein guter Beweis für unsere erfolgreiche Politik.

In Umfragen hat der Bundeskanzler bei mittlerweile allen Instituten den Herausforderer überholt. Auf den wichtigen Feldern Wirtschaft und Arbeit hat die CDU in der Meinung der Bevölkerung ebenfalls ihre führende Position zurückgewonnen.

Was die besondere Form unseres Wahlkampfes angeht, die wir vor kurzem vorgestellt haben, können wir feststellen: Unser auf Kommunikation ausgerichteter Wahlkampf greift.

Wir führen in den neuen Ländern eine neue Art von Wahlkampf, der auf der

Idee der Umfrage beruht. Unsere Kommunalwahlkandidaten und unsere besonderen Wahlkampf-Teams gehen in 400 Kommunen auf die Wählerinnen und Wähler zu und befragen sie zur Politik der CDU. Zu dieser Umfrageaktion gehört auch die Frage, ob der befragte Bürger bereit ist, uns seine Adresse zu überlassen, damit er auch in Zukunft von uns politisches Informationsmaterial erhält.

Das Ergebnis ist überzeugend: 90 Prozent der Teilnehmer sagen: Ja, ich möchte weiter von der CDU informiert werden! und geben auch ihre Adresse. Das bestätigt uns in unserer Auffassung, daß diese Form des Wahlkampfes richtig ist.

Mit dem heutigen Tag werden unsere Fernseh- und Hörfunkspots geschaltet, die ebenfalls auf dem Prinzip der Interaktion basieren, d. h. dazu auffordern, sich bei uns politische Information durch einen Telefonanruf zu besorgen. Wir hoffen, daß sich dieser interaktive Wahlkampf auch in den letzten Wochen bis zur Wahl als stark erweist.

Wahlkampftelefon

Ab dem 9. Mai bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle einen Service besonderer Art: das Wahlkampftelefon. Fachkundige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses stehen als Ansprechpartner für

Anregungen und Anfragen zur Verfügung. Das Wahlkampftelefon mit der Telefon-Nummer

(0228) 5 44-2 40

ist von Montag bis Freitag von 8.30 Uhr bis 20 Uhr besetzt, danach läuft ein Anrufbeantworter.

● Zu Magdeburg

Wir haben ausführlich über die schlimmen Vorgänge in Magdeburg gesprochen. Dabei hat Ministerpräsident Bergner dem Bundesvorstand einen Bericht über den Stand der Erkenntnisse gegeben.

Die CDU verurteilt die Ausschreitungen aufs schärfste. Ausländerfeindliche Exzesse und alle anderen Gewalttaten sind mit aller Schärfe des Gesetzes zu ahnden und zu verfolgen.

Ministerpräsident Bergner hat mitgeteilt, daß die Landesregierung die Frage im Augenblick noch prüft, weshalb die Festgenommenen in der Nacht wieder freigelassen wurden. Er will, wenn diese Frage abschließend beantwortet ist, die Öffentlichkeit informieren.

Im Bundesvorstand herrschte die übereinstimmende Ansicht, daß Gewalttäter, die in Haft genommen worden sind, auch in Gewahrsam bleiben müssen, wenn die Auseinandersetzungen weitergehen, an denen sie teilgenommen haben.

● Zur Außenpolitik

Der Besuch von Boris Jelzin in der vergangenen Woche hat noch einmal deutlich gemacht, daß die Sicherheit Deutschlands und die auswärtigen Beziehungen unseres Landes bei Helmut Kohl in den besten Händen sind. In der Außenpolitik ist wie auch in der Innenpolitik und Wirtschaftspolitik klar, welche politische Füh-

rung für unser Land gut ist. Wir sind zuversichtlich, daß sich diese Erkenntnis auch bei der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler am Wahltag durchsetzen wird.

● Zur Diskussion um ein angebliches Kirchen-Asyl

Es hat in den letzten Tagen Diskussionsbeiträge aus der Mitte der beiden großen Kirchen zum Thema Kirchen-Asyl gegeben. Die CDU stellt dazu klar fest, daß es in unserem demokratischen Rechtsstaat auch für unsere Kirchen keine rechtsfreien Räume gibt und geben kann.

● Zum Thema Drogen

Der Bundesvorstand kritisiert in aller Schärfe die Position des Landes Nordrhein-Westfalen, was die Todesdroge Heroin angeht. Heroin darf nicht durch die politische Stellungnahme einer Landesregierung gesellschaftsfähig gemacht werden. Drogen müssen geächtet bleiben. Wir sind der Auffassung, daß aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nicht herzuleiten ist, daß gefährliche Todesdrogen wie Heroin in bestimmten Mengen freigegeben werden dürfen.

Um zu einer Gesamtstrategie bei der Drogenbekämpfung zu kommen, haben wir eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Bundesjugendministerin leiten wird und der namhafte Innenpolitiker aus Bund und Ländern angehören sollen.

Soviel unternehmerischen Spielraum wie möglich für die Landwirtschaft

Zu dem vom Bundesvorstand beschlossenen „Agrarkonzept der CDU“ erklärten Generalsekretär Peter Hintze und der Vorsitzende der Agrarkommission, Reimer Böge MdEP:

Das Konzept „Agrarpolitik für eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft“ ist die agrarpolitische Positionsbestimmung der CDU in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen in der Landwirtschaft in Ost und West. Es schreibt unsere Politik unter den veränderten Vorzeichen nach der Deutschen Einheit, nach der EU-Agrarreform und nach dem Abschluß der GATT-Verhandlungen fort.

Zentrales Anliegen der CDU-Agrarpolitik ist eine leistungsfähige, vielfältig strukturierte und umweltverträgliche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, die sich im europäischen Wettbewerb behaupten kann. Die CDU will, daß die Landwirte soviel unternehmerischen Spielraum wie möglich haben. Insofern müssen auch die Förderinstrumente überprüft, flexibilisiert und vereinfacht werden.

Mit dem Konzept spricht sich die CDU klar für eine Fortführung der Politik der Mengenbegrenzung aus. Die EU-Agrarreform bietet dazu Ansätze. Ihre Instrumente müssen in allen Mitgliedsstaaten gleichgewichtig auf größtmögliche Mengengerückführung ausgerichtet werden. Ganz wichtig für die CDU ist die Vereinfachung der verwaltungsmäßigen Umsetzung der EU-Agrarreform. Alle Regelungen und Maßnahmen müssen auch in Zukunft immer wieder auf den Prüfstand und fortentwickelt werden.

Die CDU will keine zweigeteilte Land-

wirtschaft in Deutschland. Eine einheitliche Agrarpolitik und ein einheitlicher Förderrahmen für die deutsche Landwirtschaft sind nach der notwendigen Übergangsphase in den neuen Bundesländern so schnell als möglich anzustreben. Dabei bekennt sich die CDU in ihrem Agrarkonzept eindeutig zu einem breitgestreuten und gesicherten Eigentum als Basis für eine leistungsfähige Landwirtschaft. Erfolgreiche Landschaftspflege und zukunftsorientierter Umweltschutz können nur mit und nicht gegen die Land- und Forstwirtschaft erreicht werden. Wir stehen dazu, den Landwirten Ertragsausfälle, die ihnen als Folge von besonderen hoheitlichen Umwelt- und Naturschutz-

Voller Wortlaut des Agrarkonzepts als Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.

auflagen entstehen, auszugleichen. Darüber hinaus wollen wir die Landwirte darin unterstützen, verstärkt Dienstleistungsaufgaben im Natur- und Umweltschutz und in der Landschaftspflege zu übernehmen.

Breiten Raum im neuen Agrarkonzept nimmt auch die Stärkung des ländlichen Raums insgesamt ein. Die Fortentwicklung der ländlichen Räume ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, daß der notwendige Strukturwandel in der Landwirtschaft in akzeptabler Form verlaufen kann. Die in den neuen Bundesländern noch bestehenden Defizite sind so schnell wie möglich abzubauen. Eine attraktive moderne Regionalentwicklung wirkt sich auch positiv auf die landwirt-

45 Jahre Grundgesetz

CDU erfüllt Verfassungsauftrag

Vor 45 Jahren, am 23. Mai 1949, wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Diese Verfassung hat sich insgesamt hervorragend bewährt. Sie ist ein entscheidender Garant für den sozialen Frieden in Deutschland.

Die in unserer Verfassung festgeschriebene Gleichberechtigung ist ein hohes Gut. Bundesregierung und die CDU/CSU-FDP-Fraktion im Bundestag haben mit der Verabschiedung des Zweiten Gleichberechtigungsgesetzes im Bundestag die tatsächliche Verwirklichung der Gleichberechtigung in Deutschland einen wichtigen Schritt vorangebracht. Diesen Erfolg für Frauen versucht die SPD aus vorder-

gründigen wahltaktischen Motiven und durch Hinhalten im Bundesrat zu blockieren. Die Frauen erwarten dagegen zu recht, daß das Gleichberechtigungsgesetz so schnell wie möglich in Kraft tritt.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Maria Böhmer: Rudolf Scharping muß schon heute beweisen, daß er tatsächlich für Frauen eintritt. Die Verweigerungshaltung der SPD im Bundesrat ist ein durchsichtiges Spiel auf dem Rücken der Betroffenen.

Im Gründungsjahr der Bundesrepublik Deutschland wurde ein wegweisender Satz in die neue demokratische Verfassung aufgenommen: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

schaftlichen Betriebe aus, eröffnet ihnen vielfältige Möglichkeiten der Einkommenskombination und verbessert die Lebensqualität im ländlichen Raum.

Im einzelnen tritt die CDU dafür ein:

- den Abbau der Überschüsse durch eine wirkungsvolle Marktentlastung, z. B. durch Flächenstilllegung und Vertragsnaturschutz herbeizuführen,

- Produktionsalternativen z. B. im Bereich nachwachsender Rohstoffe zu entwickeln,

- die landwirtschaftlichen Betriebe durch eine effiziente Gestaltung der staatlichen Hilfen zu stärken und ihnen unternehmerische Freiräume zu sichern,

- die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebe in den neuen Bundesländern mit gezielten Hilfen weiter voranzutreiben,

- die von der Land- und Forstwirtschaft für die Allgemeinheit erbrachten besonderen ökologischen und landschaftspflegerischen Leistungen zu honorieren,

- die soziale Absicherung der landwirtschaftlichen Familien durch ein stabiles Agrarsozialsystem zu garantieren,

- die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft durch eine konkurrenzfähige Produktvermarktung auf den europäischen und außereuropäischen Märkten zu verbessern,

- die Weiterentwicklung und Stabilisierung der ländlichen Räume durch eine umfassende Strukturpolitik zu fördern,

- die Menschen in den neuen Bundesländern bei der Entwicklung ihrer Dörfer und ländlichen Gebiete aufgrund des hohen Nachholbedarfs besonders zu unterstützen.

„Haschisch-Urteil“ kein Anlaß zur Verharmlosung

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärte zur Diskussion über das „Haschisch-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts:

Die Bundesregierung hält die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in der Öffentlichkeit ausgelöste Diskussion über eine Freigabe von Rauschgift für äußerst gefährlich. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts selbst gibt keinen Anlaß zur Verharmlosung. Im Gegenteil hat das Gericht das Verbot der Droge und alle ihm zur Verfügung vorgelegten Straftatbestände für verfassungsgemäß erklärt und anschließend ausdrücklich betont, daß der entstandene Eindruck, Haschisch-Gebrauch sei nun freigegeben, „jeder Grundlage entbehre“.

Gerade die jüngst bekanntgewordenen Zahlen zur Rauschgiftkriminalität bele-

gen, daß es keinen Anlaß zur Entwarnung gibt:

- die Zahl der Erstkonsumenten harter Drogen ist gegenüber dem Vergleichszeitraum 1993 um 16,8 Prozent gestiegen. Gerade der Erstkonsum von Kokain (+ 49,7 Prozent) und Amphetamin (+ 89,3 Prozent) ist explosionsartig hochgeschwollen.

- Im ersten Quartal 1994 starben 372 Menschen an den Folgen des Drogenmißbrauchs, das bedeutet einen Anstieg von 8,5 Prozent im Vergleichszeitraum 1993.

Dabei muß gesehen werden, daß 80 Prozent der Abhängigen, die heute harte Drogen nehmen, den Einstieg über Haschisch gefunden haben.

Die Justizminister der Bundesländer sind jetzt gefordert, sehr schnell die vom Bundesverfassungsgericht verlangten bundeseinheitlichen Grundsätze bei der Strafverfolgung auch geringfügigen Mißbrauchs von Cannabis-Produkten zu entwickeln. Es wäre schlimm, wenn in den Bundesländern unterschiedliche Rauschgiftmengen Anlaß für die Strafverfolgung wären.

Umfrage: Ein Drittel der berufstätigen Frauen möchte Halbtagsjob

Mehr als ein Drittel aller voll berufstätigen Frauen in Deutschland wünscht sich einen Job, in dem sie auch halbtags arbeiten können. Entsprechend äußerten sich rund 36 Prozent von 1.682 befragten Frauen in einer Umfrage der Frauenzeitschrift „freundin“.

Außerdem fand das Blatt heraus, daß rund zwölf Prozent aller Beschäftigten in Deutschland bereits weniger als 35 Wochenstunden arbeiten. Vor zehn Jahren seien es dagegen nur sechs Prozent gewesen.

Motor dieser Entwicklung seien die Frauen, die 90 Prozent aller Teilzeiterkräfte ausmachten. Das häufigste Modell der Teilzeitarbeit sei der Halbtagsjob, bei dem vormittags vier oder fünf Stunden gearbeitet werden. Typische Branchen seien Schreibberufe, Verwaltung und Sachbearbeitung.

Schwierig sei es für Arbeitgeber, eine Arbeitskraft für die zweite Hälfte des Tages zu finden. Nur 20 Prozent der Frauen seien bereit, nachmittags zu arbeiten, weil sie sich den Kindern widmen wollten.

Die Alten von morgen befassen sich kaum mit der Zukunft - Der Allensbacher Monatsbericht - Von Dr. Renate Köcher

Deutschland altert, doch diejenigen, für die das Folgen haben wird, kümmern sich kaum darum. Alles in allem hat nur ein Drittel das Problem erkannt, doch die künftigen Alten, diejenigen die heute jünger als 45 sind, gehören nicht dazu. Nur wenigen steht vor Augen, wie dramatisch sich die Altersstruktur der Bevölkerung in diesem Jahrhundert verändert hat und wie dynamisch sich die Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzt.

1980 war jeder fünfte Deutsche mehr als 60 Jahre alt. Im Jahr 2000 wird schon jeder vierte zu dieser Gruppe gehören, im

sehen steigende Beiträge zur Rentenversicherung voraus, 69 Prozent glauben, daß das Rentenalter verschoben wird. 67 Prozent erwarten sinkende Renten. Sie sind überzeugt, daß am Ende eine niedrige staatliche Grundrente stehen wird, die durch private Vorsorge ergänzt werden muß. 60 Prozent erwarten, daß auch die Krankenkassenbeiträge steigen werden.

Die Bevölkerung sieht in der Alterung der Gesellschaft in erster Linie ein Finanzierungsproblem, das eine Neuordnung des Generationenvertrags und der sozialen Sicherungssysteme erforderlich

Deutschland vergreist - wen kümmert's?

Aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 18. Mai 1994

Jahr 2030 werden es voraussichtlich 37 Prozent sein.

Vor 30 Jahren standen statistisch zehn Deutschen über 65 Jahren 25 Jugendliche unter 20 gegenüber. Im Jahr 2000 werden beide Gruppen etwa gleich groß sein, und im Jahr 2030 werden gerade noch sechs Jugendliche zehn älteren Menschen über 65 gegenüberstehen. Ein Blick zurück ins Jahr 1871 zeigt die historische Einmaligkeit der heutigen Situation. 1871 kamen auf 10 Deutsche, die über 65 Jahre alt waren, 94 junge Leute unter 20 - eine aus heutiger Sicht unvorstellbar junge Gesellschaft.

Obwohl kaum jemand sich mit dieser Entwicklung intensiver auseinandergesetzt hat, wissen die meisten, daß die Folgen gravierend sein werden. 77 Prozent

macht. Diese Erkenntnis bedeutet nicht, daß ein solcher Umbau leicht durchsetzbar wäre. Als zu Beginn dieses Jahres darüber diskutiert wurde, ob bei sinkenden Nettoeinkommen auch die Renten gekürzt werden müssen - logische Konsequenz ihrer Anbindung an die Nettolöhne -, wurde deutlich, daß die Renten für die Bevölkerung auf absehbare Zeit unantastbar sind. Zwei Drittel plädierten damals dafür, die Verbindung zwischen Renten und Nettolöhnen zu lösen, wenn die Löhne sinken. Im Grunde weiß die Bevölkerung jedoch, daß die sozialen Sicherungssysteme in ihrer jetzigen Form in Zukunft nicht tragen, wenn mehr als jeder dritte das 60. Lebensjahr überschritten hat. Entsprechend skeptisch wird die eigene Alterssicherung beurteilt. Nur

jeder vierte ist überzeugt, im Alter seinen Lebensstandard halten zu können; 20 Prozent rechnen mit Einschränkungen, erwarten aber keine Geldsorgen. Ein Drittel der Bevölkerung rechnet mit massiven Einschränkungen. Dies sind meist Mutmaßungen. Nur eine kleine Minderheit ist über die eigenen Rentenansprüche solide informiert, nur wenige können halbwegs zuverlässig voraussehen, wie sich ihre finanzielle Situation in den kommenden Jahrzehnten durch Rücklagen, Immobilienerwerb und Erbschaften entwickeln wird. Die Skepsis motiviert jedoch erkennbar zur Vorsorge. Die Alterssicherung hat als Sparmotiv stark zugenommen.

Die Meßlatte, an der die künftigen Rentner sich orientieren, liegt hoch. In keiner Altersgruppe hat die materielle Zufriedenheit in den letzten

Jahren so zugenommen wie unter denen, die über 60 sind. Heute sind 80 Prozent der Rentner mit ihrer finanziellen Lage zufrieden, in Westdeutschland 84 Prozent, im Osten 64 Prozent. Diese Zufriedenheit wird sich künftig nur durch private Vorsorge halten lassen.

Außer auf eigene Altersvorsorge setzt die Bevölkerung vor allem auf die Familienpolitik, die die Alterung der Gesellschaft bremsen soll. Unterstützung für Familien mit Kindern gilt als die beste Bevölkerungspolitik. Der Vorschlag, die junge

Generation durch Einwanderung zu vergrößern, hat wenig Freunde. Nur 10 Prozent plädieren dafür, die demographischen Veränderungen durch gezielte Förderung von Einwanderung zumindest teilweise zu kompensieren; 70 Prozent sind dagegen. Nur eine Minderheit rech-

Erwartete Folgen der Alterung

Antworten in Prozent der Befragten

Steigende Rentenbeiträge	77
Verlängerung der Lebensarbeitszeit	69
In Zukunft nur noch eine geringe Grundrente und mehr eigene Vorsorge	67
Steigende Krankenkassenbeiträge	60
Spannungen zwischen Jungen und Alten	42
Auf Familien mit Kindern wird weniger Rücksicht genommen	29
Ausländer werden die fehlenden Arbeitskräfte ersetzen müssen	27
Neue Ideen lassen sich schwerer durchsetzen	19
Politiker richten sich immer mehr nach den Wünschen der Älteren	18
Junge Menschen werden immer weniger Einfluß haben	17
Auf Sicherheit und Ordnung wird mehr Wert gelegt	16
Entscheidungen werden überlegter getroffen	10
Viele Leute mit Erfahrung, dadurch weniger Fehlentscheidungen	10
Weniger Hektik	7
Es wird sich nicht viel ändern	19

"Im Grunde weiß die Bevölkerung, daß die sozialen Sicherheitssysteme in Zukunft nicht tragen"

Quelle: Allensbacher Archiv, April/Mai 1994

FAZ-Grafik: Kaiser

net auch damit, daß die demographischen Veränderungen zu einem Arbeitskräftemangel führen werden, der nur mit Hilfe von ausländischen Arbeitskräften gedeckt werden kann.

Jenseits der Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme sieht generell nur eine Minderheit der Bevölkerung Konsequenzen der Alterung der Gesellschaft voraus. Noch am ehesten fürchtet sie Gegensätze zwischen den Generationen, in erster Linie bedingt durch Verteilungskämpfe bei der Neuordnung des Generationen-

Noch Wählerreserven bei den Unentschlossenen

„Der Kanzler wieder auf dem Vormarsch“ titelt am 5. Mai die „Berliner Morgenpost“ und zieht mit dieser Schlagzeile die für die Union wichtigste Schlußfolgerung aus neuesten Meinungsumfragen.

Während noch zu Beginn des Superwahljahres für viele Beobachter der Machtwechsel im Oktober ausgemachte Sache war, stellt heute Forsachef Manfred Güllner fest: Der Sympathie-Wert der SPD ist Anfang Mai im Vergleich zu Anfang Januar um fünf Punkte gefallen, während im gleichen Zeitraum der CDU/CSU-Wert um sieben Punkte gestiegen ist.

Bewahrheitet hat sich damit die für

Wahlkampfanstrengungen wichtige These, daß die SPD ihr Anhänger-Potential auch in Umfragen schon weitgehend ausgeschöpft hat, die Union aber unter den vielen Unentschlossenen noch Wählerreserven besitzt.

Ein ganz ähnliches Bild zeigt sich bei der Einschätzung der Kompetenz-Werte: Während die Anhänger der Union Ende April die wirtschaftspolitische Kompetenz ihrer Partei um acht Punkte höher einschätzen als im Januar, ist es bei den SPD-Anhängern umgekehrt. Der Kompetenzwert der SPD ist bei den eigenen Anhängern um sieben Punkte gefallen.

vertrags. 42 Prozent fürchten, daß es zu Spannungen zwischen der jungen und der alten Generation kommen wird, eine Sorge, für deren Berechtigung es bisher keine Indizien gibt. Das Verhältnis zwischen älterer und jüngerer Generation ist heute gut, in mancher Hinsicht besser, als es in den letzten Jahrzehnten war, und solange familiäre Bindungen für die Bevölkerung einen derart hohen Stellenwert haben, spricht wenig dafür, daß zwischen den Generationen wegen materielle Fragen Fronten aufbrechen könnten.

So rechnet auch nur eine Minderheit damit, daß sich das machtpolitische Gefüge zwischen den Generationen zu Lasten der jungen Generation verschieben wird. 18 Prozent erwarten, daß sich die Politik zunehmend an den Bedürfnissen der älteren Generation orientieren wird, 17 Prozent, daß der Einfluß der jungen Generation immer mehr schwindet.

Faktisch wird die Bedeutung der älteren Generation für die Entscheidung von Wahlen stärker wachsen, als allein aus

den Veränderungen der Altersstruktur abzulesen ist, da die Wahlbeteiligung in den achtziger und neunziger Jahren in der jungen Generation besonders stark gesunken ist und die Wahlbeteiligung derer, die älter als 60 sind, heute um 17 Prozent höher liegt als bei den Wahlberechtigten unter 30. Diese Entwicklung kommt vor allem der CDU/CSU zugute, der die meisten besonderes Engagement für die ältere Generation zuschreiben. 45 Prozent der über 60 Jahre alten haben den Eindruck, daß sich die CDU/CSU mehr als andere Parteien für die Interessen der älteren Generation einsetzt. Nur 23 Prozent sehen diese Interessen am besten bei der SPD aufgehoben.

Wie bei der Neuordnung des Generationenvertrages erwartet die Mehrheit der Bevölkerung jedoch auch für die politische Willensbildung nicht, daß die wachsende Bedeutung der älteren Generation zu einer Frontstellung zwischen den Generationen und einer einseitigen Dominanz der Ziele und Wertvorstellungen der Älteren führen wird.

Welthandelsorganisation (WTO):

Polizist des Welthandels

● Von der Pleite zum Erfolg

Ein Meilenstein auf dem Weg zu einem freien Welthandel: Im Dezember vergangenen Jahres wurde die 1986 begonnene achte Runde der Verhandlungen zum allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) zur Liberalisierung des Welthandels abgeschlossen. Im April unterzeichneten über 120 Staaten in Marrakesch die Schlußakte der Uruguay-Runde.

Noch im Herbst 1993 stand es schlecht um den freien Welthandel. In der weltweiten Rezession schienen zunächst die Gegner eines freien Welthandels die Oberhand zu gewinnen. Es ist auch ein Verdienst der CDU-geführten Bundesregierung, daß sich Europäer und Amerikaner aus der handelspolitischen Sackgasse befreien konnten.

● Die Einzelbestimmungen

▶ Zollsenkungen

Der durchschnittliche Zoll in den Industrieländern von derzeit 6,3 Prozent sinkt auf 3,9 Prozent. Das ist eine Zollsenkung um 40 Prozent. Für 83 Prozent aller Industriewaren und für alle landwirtschaftlichen Produkte werden Höchstzollsätze festgelegt. 40 Prozent sämtlicher Importe werden vollkommen zollfrei sein.

▶ Die GATT-Regeln,

etwa das Verbot der Diskriminierung ausländischer Anbieter, wird auch auf andere Bereiche übertragen. Diese Neuerungen betreffen:

Dienstleistungen: Ein allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstlei-

stungen (GATS) wurde abgeschlossen. Allerdings wurden einige Dienstleistungen vom Meistbegünstigungsgebot ausgenommen. Diese Klausel besagt, daß Vergünstigungen, die ein Land einem Handelspartner einräumt, auch allen anderen GATT-Mitgliedsländern eingeräumt werden.

Auch die Liberalisierung beginnt mit unterschiedlichem Tempo, da die Europäer bei Film und Fernsehen und die Amerikaner bei Finanzdiensten und Seetransport Ausnahmen erwirken.

TEXTILHANDEL: Die Importbeschränkungen gemäß dem Welttextilabkommen (WTA) werden schrittweise über einen Zeitraum von 10 Jahren beseitigt.

GEISTIGES EIGENTUM: Patente, Urheberrechte und Marken werden besser geschützt. Verstöße können nach dem GATT geahndet werden. Die Europäische Kommission schätzt den Schaden der europäischen Industrie allein durch Verletzung von Urheberrechten auf 2,6 Milliarden ECU pro Jahr ein.

AUSLANDSINVESTITIONEN: Auslandsinvestitionen werden erleichtert. Einige Praktiken zum Schutz vor unerwünschter Konkurrenz werden verboten, beispielsweise Vorschriften über lokale Produktionsanteile („local content“). Danach wurden früher Hersteller verpflichtet, einen bestimmten Anteil von Zulieferteilen aus heimischer Produktion zu verwenden.

LANDWIRTSCHAFT: Im Agrarhandel werden nichttarifäre Hürden in Zölle umgewandelt und ebenso schrittweise

verringert wie interne und externe Subventionen. Von großer Bedeutung ist vor allem, daß die zentralen Elemente der Agrarreform wie Preisausgleichs- und Prämienzahlungen sicher verankert sind, so daß auch in Zukunft ein ausreichender Außenschutz gewährleistet ist. Außerdem wird dadurch einer unbegrenzten Einfuhrerweiterung von Getreidesubstituten ein Riegel vorgeschoben. Die Verpflichtungen zum Abbau der internen Stützungsmaßnahmen und der subventionierten Exportmengen sind mit der EU-Agrarreform vereinbar. Einseitige handelspolitische Maßnahmen der USA werden durch eine Friedenspflichtklausel künftig verhindert.

► Handelsregeln

Bestimmungen für Antidumping bei Preisen (Antidumpingkodex) und für Subventionen oder Zollschatzungen (Subventionskodex) werden klarer gefaßt; die Überwachung der Abkommen verbessert. Ferner haben sich die USA und die EU in Marrakesch in bilateralen Verhandlungen zusätzlich darauf geeinigt, das öffentliche Auftragswesen weiter zu liberalisieren. So soll der Bereich der öffentlichen Elektrizitätsversorgung auch für private Anbieter — aus den EU-Staaten und den USA — geöffnet werden. Es handelt sich dabei um ein Auftragsvolumen von 200 Milliarden Dollar. Die Sogwirkung auf andere Staaten, diesem Beispiel zu folgen, wird beträchtlich sein.

Schon im Abkommen vom Dezember 1993 wurde festgehalten, daß öffentliche Ausschreibungen international erfolgen sollen. Mit 400 Milliarden Dollar ist das Volumen dieser Klausel zehnmal größer als bei der vorangegangenen Vereinbarung von 1981.

► Eine herausragende Neuerung

der Uruguay-Runde ist die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO), in die

das alte GATT und sämtliche neue Abkommen einbezogen werden. Das frühere Provisorium wird nun zum „Polizisten des Welthandels“ — mit entsprechend mehr Kompetenzen. Die Organisation verhandelt nicht nur über weitere Zollsenkungen und neue Handelsregeln, sondern sie kann — aufgrund eines weitgefaßten Sanktionsinstrumentariums — Streitigkeiten unter Handelspartnern schneller und mit Durchsetzungskraft schlichten. Dies gilt ebenso für Güter wie für Dienstleistungen.

Ein Allgemeiner Rat wird die Abkommen überwachen und die politischen Beschlüsse umsetzen. Da vor dem Beitritt zur WTO die Kandidaten sämtliche Handelsabkommen akzeptieren müssen, wird die Organisation erst nach der Ratifizierung der Uruguay-Verträge und somit frühestens in der ersten Hälfte 1995 formell gegründet werden. Zur Überbrückung wurde in Marrakesch ein vorbereitender Ausschuß gebildet.

► Weitere Themen,

die zukünftig bearbeitet werden sollen, sind Umweltschutz und Sozialminimumstandards.

● Alle gewinnen – allen voran Deutschland

Der GATT-Abschluß zahlt sich für alle beteiligten Nationen aus. Vor allem Deutschland, das rund ein Drittel seiner Wirtschaftsleistung exportiert, wird von dem Abkommen profitieren.

Bereits 1994, wenn sich die Weltwirtschaft auf zusehends breiter Basis erholt, wird nach Berechnungen des GATT das Welthandelsvolumen um 5 Prozent ansteigen. Die Weltbank geht sogar von fast 6 Prozent aus.

Die Vereinbarungen der Uruguay-Runde treten jedoch erst 1995 in Kraft. GATT rechnet dann bis zum Jahr 2005 mit einer

Handelsausweitung um insgesamt etwa 75 Milliarden Dollar. Zwei Drittel dieses zusätzlichen Wohlstands entfallen auf die Industriestaaten.

Auch die OECD sieht positive Impulse für die Weltwirtschaft. Sie veranschlagt die jährlichen Wohlfahrtsgewinne auf 275 Milliarden Dollar oder ein Prozent des Welteinkommens bis zum Jahr 2002. Von dieser Entwicklung profitieren die industrialisierten OECD-Staaten zu vier Fünfteln.

Alein für Europa wird mit Einkommenssteigerungen von 120 Milliarden DM jährlich gerechnet.

Deutschland als Exportnation wird angesichts der vorhergesagten Wohlfahrtsgewinne besonders profitieren. Professor Horst Siebert vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel spricht von 50 Milliarden Mark jährlich ab der Jahrtausendwende.

Dies bedeutet: Wenn das Handelsvolumen steigt, werden wir mehr Waren und Dienstleistungen exportieren können. Dadurch werden Hunderttausende zusätzlicher Arbeitsplätze entstehen. Für Konsumenten werden mittelfristig die Produkte billiger.

Viele Branchen werden von offeneren Grenzen mit einem realen Wachstum von bis zu 12 Prozent jährlich innerhalb der nächsten zehn Jahre profitieren: EDV-Dienstleistungen, Telekommunikation, Halbleiterindustrie, Güterverkehr, audiovisuelle Dienstleistungen, Banken und Versicherungen, Personenverkehr, Wohnungsbau, Geräte und einrichtende EDV, Maschinenbau, chemische Industrie,

Luft- und Raumfahrtindustrie, Werkzeugmaschinenbau, Unterhaltungselektronik, Nahrungs- und Genußmittel, pharmazeutische Industrie und Stromerzeugung.

Für die Landwirte stellt die GATT-Einigung einen akzeptablen Kompromiß dar. Zentrale Elemente der europäischen Agrarpolitik wie Preisausgleichszahlungen und Stilllegungprämien sind nun durch GATT abgesichert. Auch ein ausreichender Außenschutz bleibt erhalten. Damit steht der Rahmen für die Agrarpolitik und den internationalen Agrarhandel bis zum Ende des Jahrzehnts fest. Die deutschen Bauern haben nun die nötige Planungssicherheit, die sie für ihre Betriebsführung und für ihre Investitionen benötigen.

● 1994: Der Aufschwung beginnt

1994 ist das Jahr der Trendwende in der Weltwirtschaft. Die Rezession ist fast überwunden, ebenso die Gefahr des Protektionismus und des „managed trade“ in Form von bilateralen Vereinbarungen. Der multilaterale freie Welthandel hat gesiegt. Er wird den Aufschwung der Weltwirtschaft und der deutschen Volkswirtschaft und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in den kommenden Jahren nachhaltig unterstützen. Die Umsetzung der Beschlüsse der Uruguay-Runde kommt einem Konjunkturprogramm gleich. Die CDU-geführte Bundesregierung hat zu dieser für Deutschland gewinnbringenden Lösung entscheidend beigetragen. ■

Heribert Thallmair neuer Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Neuer Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ist Bürgermeister Senator **Heribert Thallmair** (CSU), Starnberg. Der Hauptausschuß des kommunalen Spitzenverbandes wählte den 57jährigen auf seiner Sitzung im thüringischen Altenburg zum Nachfolger des bisherigen Präsidenten **Theo Magin**.

Kurt Georg Kiesinger zum 90. Geburtstag

Einen brillanten Debattenredner und eleganten Florettfechter in der parlamentarischen Auseinandersetzung hat der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, Kurt Georg Kiesinger auf einer Gedenkveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 2. Mai aus Anlaß des 90. Geburtstages des ehemaligen Bundeskanzlers genannt und dessen wichtigen Beitrag dazu gewürdigt, daß Konrad Adenauer seine Politik der Westbindung und der Wiederbewaffnung durchsetzen konnte.

Alfred Dregger in seinem Grußwort u. a.: Kurt Georg Kiesinger war auch ein erfolg-

sozial-liberale Ära, wie viele sie aus leicht durchschaubarem Interesse heute darstellen wollen. Es waren Jahre, in denen für eine längere Zeit Weichen gestellt wurden, in der Haushalts- und Finanzpolitik, in der Deutschlandpolitik, in der Europapolitik und auch in unserem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Es waren hochqualifizierte Männer, die Kiesinger damals um sich versammelt hatte und die er zum Erfolg führte. Die Minister Strauß und Schiller befreiten die Bundesrepublik Deutschland aus der Rezession und führten sie zu einer neuen wirtschaftlichen Blüte. Der Staatshaushalt

Alfred Dregger: Er war, ähnlich wie wir heute, vor eine Vielzahl von Aufgaben gestellt, die alle gleichzeitig bewältigt werden mußten

reicher Ministerpräsident, aufgeschlossen, modern und dabei tief in seiner Heimat verwurzelt. Er war reformfreudig, und er war nicht zuletzt ein glanzvoller Repräsentant seines Landes. Es waren gute Jahre für ihn, er hat sie oft als die glücklichsten seines Lebens bezeichnet. Aber es waren auch gute Jahre für Baden-Württemberg.

Am 1. Dezember 1966 wurde er zum Bundeskanzler gewählt. Er blieb es nur drei Jahre. Aber was ist in dieser kurzen Zeit unter seiner Kanzlerschaft nicht alles bewerkstelligt und in die Wege geleitet worden! Bei näherer Prüfung zeigt sich, daß es erstaunlich, ja bewundernswert war. Die Kanzlerjahre von Kurt Georg Kiesinger waren keine Jahre des Übergangs, sie waren schon gar nicht Auftakt für eine

wurde konsolidiert, wichtige Finanzreformen eingeführt, aber auch wichtige Sozialreformen wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Stabilisierung der Rentenversicherung.

Konzertierte Aktion, Stabilitätsgesetz, mittelfristige Finanzplanung, das sind Stichworte dieser Jahre. Sie lassen Erinnerungen wach werden an eine Zeit, in der unter Führung Kiesingers vieles gleichzeitig angegangen und bewältigt werden mußte. Ähnlich wie heute, da uns die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, der Umbruch in Ost- und Mitteleuropa sowie die Erweiterung und Umwandlung der Europäischen Union von einer Wirtschafts- in eine Politische Union vor eine Vielzahl von Aufgaben stellt, die alle gleichzeitig bewältigt werden müssen. ■

Mediensommer 1994: Training und Infos

Die Karl-Arnold-Stiftung führt in Zusammenarbeit mit dem KPV-Bildungswerk im Sommer 1994 mehrere Medienseminare durch. Die Seminare wollen Tips und Anregungen zum richtigen Umgang mit dem Medium „Lokalfunk“ geben: Wie nutze ich die Mitwirkungsmöglichkeiten des Radios? Wie verfasse ich radiogerechte sendefähige Pressemitteilungen? Wie drücke ich mich in Interviews präzise und in gebotener Kürze aus? Das Angebot richtet sich an alle politisch aktiven Bürger/innen, „Einsteiger“ ebenso wie „Profis“, die lernen wollen, wie Rundfunkredakteure arbeiten, welche Wege es zum Lokalfunk gibt und wie man Politik kompetent und menschlich sympathisch im Radio vermittelt. Die Seminare finden im Tonstudio der Karl-Arnold-Akademie statt.

Die Termine:

● Radiogerechte Öffentlichkeitsarbeit für politische Funktionsträger/innen

29. 6. – 1. 7. 1994 • 15. 7. – 17. 7. 1994
• 1. 8. – 3. 8. 1994

● Politik im Lokalradio präsentieren

27. 6. – 29. 6. 1994 • 6. 7. – 8. 7. 1994 •
25. 7. – 27. 7. 1994 • 5. 8. – 7. 8. 1994

● Lokalfunk-Training und Produktion von O-Tönen

17. 6. – 19. 6. 1994 • 1. 7. – 3. 7. 1994 •
13. 7. – 15. 7. 1994 • 29. 7. – 31. 7. 1994

● Produktion von Bürgerfunkt-sendungen

4. 7. – 6. 7. 1994 • 8. 7. – 10. 7. 1994 •
27. 7. – 29. 7. 1994 • 3. 8. – 5. 8. 1994

Veranstaltungsort ist die Karl-Arnold-Akademie. Weitere Informationen und Anmeldungen bei: Ulrike Steimann, Karl-Arnold-Akademie, Venner Str. 55, 53177 Bonn, Tel.: 0228/3820760.

Wege aus der Strukturkrise

Mit Möglichkeiten, wie die gegenwärtige Strukturkrise für den Wirtschaftsstandort Deutschland bewältigt werden kann und wie die Bundesrepublik ihren zentralen Platz im internationalen Wettbewerb auch in Zukunft zu sichern vermag, beschäftigt sich vom 26. bis 28. Mai 1994 das Eichholzer Forum. Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt dafür in ihr Bildungszentrum Schloß Eichholz, Wesseling, ein.

Die Veranstaltung unter dem Titel

„Wege aus der Strukturkrise — Erneuerung und Modernisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ beginnt am Donnerstag, dem 26. Mai, um 14.00 Uhr.

Nähere Einzelheiten zu der Tagung erfahren Sie bei Gaby Fries unter der Rufnummer 02236/707-246 oder unter der Telefaxnummer 02236/707-230, wo Sie sich auch anmelden können.

Die Geisterfahrer in der SPD

Zur Situation der SPD erklärte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers MdB:

In der SPD sind die Geisterfahrer unterwegs. Offenbar löst die Trendwende in der politischen und wirtschaftlichen Stimmungslage wachsende Nervosität in den Reihen der Opposition aus. Die SPD sieht ihre zu früh verteilten Felle davonschwimmen:

- Im Ausland beteuert Rudolf Scharping nahtlose Kontinuität mit der Außenpolitik der Bundesregierung. Zu Hause betreibt die SPD den faktischen Ausstieg aus der Bündnissolidarität.

- In Polen hat sich Rudolf Scharping zur Versöhnungspolitik bekannt. In Deutschland leistet er sich Ausfälle gegen den Bundeskanzler, der die Aussöhnung mit allen unseren Nachbarn und Freunden entscheidend vorangebracht hat. Die Schuhe Willy Brandts sind für diesen

SPD-Vorsitzenden ein paar Nummern zu groß.

- In ihrem Wahlprogramm hat die SPD sich auf ein Tempolimit für 80 Prozent der Autobahnen festgelegt. Gerhard Schröder macht öffentlich dagegen Front.

- Der niedersächsische Ministerpräsident nennt offen die einzige Regierungsoption für die SPD: Rot-grün. SPD-Geschäftsführer Verheugen hat die Abfuhr seines Werbens um die FDP immer noch nicht verwunden und kaschiert seine Ratlosigkeit mit Pfeifen im Walde.

- Oskar Lafontaine wendet sich gegen den mittelfristigen Einstieg in die Privatfinanzierung von Autobahnen. Gerhard Schröder will diese Option offenhalten.

Der Stimmenwirrwarr zeigt, daß die Schonzeit für den Vorsitzenden nur eine Atempause im innerparteilichen Machtkampf war. Der Kandidat selbst zeigt Wirkung.

Das neue Asylrecht greift

Zu den veröffentlichten Asylbewerberzahlen des Monats April erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Johannes Gerster MdB:

Der Erfolg des neuen Asylrechts wird von Monat zu Monat deutlicher. Im April 1994 wurden nur noch 8.789 Personen als Asylbewerber registriert. Das ist die niedrigste Zugangszahl seit Juni 1989. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres ist die Zahl um fast 80 Prozent zurückgegangen. Noch deutlicher wird der Erfolg bei einem Vergleich mit dem Oktober 1992, in dem mit 48.985 Asylbewerbern die bisher höchste Zahl registriert wur-

den. Insofern liegt der Rückgang bei mehr als 82 Prozent.

Wir hätten diesen Erfolg schon früher haben können, wenn die SPD sich nicht so lange gegen die Asylrechtsänderung gesperrt hätte.

Wie die Zahl von 7,3 Prozent bei der Anerkennung des Asylrechts zeigt, kommen aber immer noch über 90 Prozent der Menschen zu uns, obwohl ihnen kein Recht auf Asyl zusteht. Es ist deshalb Sache der Länder, ihre Bemühungen zu intensivieren, abgelehnte Asylbewerber in ihre Heimat zurückzuführen. Die Zahl der Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber ist immer noch zu niedrig.

Probleme mit der Wirklichkeit

SPD-Kanzler schlecht für die Konjunktur

Mit großem Werbeaufwand sucht Scharping neuerdings die SPD als wirtschaftsfreundlich darzustellen. Tatsächlich hat die SPD aber in ihren Parteitagbeschlüssen viele Forderungen festgeschrieben, die den beginnenden Aufschwung abwürgen würden.

In seinem neuen Buch „Das Jahr der Entscheidung“ widerspricht Altbundeskanzler Helmut Schmidt in einer Reihe von Punkten der Wirtschaftspolitik der SPD: Schmidt warnt vor höheren Steuern für Besserverdienende und Vermögende. Die SPD will aber von „finanziell besonders Leistungsfähigen einen angemessenen Beitrag für die deutsche Einheit“.

Schmidt kritisiert SPD

Weiter warnt Schmidt vor einem stärkeren Eingreifen des Staates am Arbeitsmarkt: „Je mehr der Staat eingreift, desto mehr geht schief.“ Der „ganze sogenannte zweite Arbeitsmarkt“ sei kein geeignetes Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die SPD setzt dagegen auf „eine effiziente Verteilung der Arbeit“ und einen „öffentlich geförderten Arbeitsmarkt“ und die „Finanzierung gesellschaftlich sinnvoller Arbeit“. Weiter fordert Schmidt, daß der Staat für „einen deutlichen Abstand der Sozialleistungen von den regulären unteren Einkommen sorgen“ muß. Das steht im Widerspruch zur SPD-Politik. In der Standortdebatte haben die Sozialdemokraten solche Forderungen strikt abgelehnt.

Eindringlich warnt Schmidt vor der SPD-Idee einer ökologischen Steuerreform. Sie sei „kein positiver Faktor“ zur Belebung der deutschen Wirtschaft. Schmidt wandte sich angesichts des beginnenden

Aufschwungs gegen jeden „substantiellen Eingriff in die bestehende Struktur unseres Steuersystems“. Eben diese ökologische Steuerreform ist aber zentraler Punkt in Scharpings Wirtschaftsprogramm.

Wirtschaft lehnt SPD-Pläne ab

Unterdessen hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ebenso wie der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD scharf kritisiert. „Ein Bundeskanzler Scharping will mit seinem Regierungsprogramm die Einigungslasten durch die angekündigte Ergänzungsabgabe auf 20 Prozent der Bevölkerung abwälzen. Das ist unsolidarisch und wäre ein grober wirtschaftspolitischer Fehler. Außerdem plant die SPD Abgabenveränderungen zur Belastung der Familienbetriebe: Die erhöhte Erbschaftsteuer würde in vielen Fällen zum Verkauf von Firmenanteilen oder ganzer Firmen zwingen. Der geplante Ausstieg aus der Kernenergie wäre für die Wirtschaft unzumutbar, und die Verteuerung der Energie verstößt gegen jede Vernunft. Deshalb würde sich ein Regierungswechsel von Kohl zu Scharping für die Konjunktur und die Schaffung neuer Arbeitsplätze eher negativ auswirken.“ (Hans Peter Stihl, Präsident des DIHT, Bild am Sonntag, 8. 5. 1994).

Ähnlich äußerte sich Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann: „Ich fürchte (...), daß die tatsächliche Politik der SPD wieder in ihre alten Schablonen und Denkmuster zurückfällt, z. B. bei der Steuer- und Finanzpolitik.“ (Bild, 16. 5. 1994).

Neue Perspektiven für die Energiepolitik in Deutschland

Zur Beratung des sogenannten Artikelgesetzes über die weitere Kohleverstromung und Nutzung der Kernenergie Ende April erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschuß

Umweltpolitik Kurt-Dieter Grill:

Das Artikelgesetz gibt der Energiepolitik eine neue Perspektive. Es schafft mehr Sicherheit für Kohle und Kernenergie. In der Kohlefrage gibt es einen sinnvollen Kompromiß zwischen den Interessen der neuen und denen der alten Bundesländer, indem es den Satz des sogenannten „Kohlepfennig“ für den Osten Deutschlands halbiert.

Zugleich wird dem Bergbau im Westen Planungssicherheit gegeben, wobei klar ist, daß nach dem Jahr 2000 die Subventionen weiter zurückgeführt werden müssen. Darin ist eine Chance der Förderung der neuen und regenerativen Energien in der Zukunft zu sehen.

Es schafft in der Kernenergiefrage neue Sicherheits- und Innovationsperspektiven. Damit steht es in klarem Kontrast zu den Technologiefeinden und Arbeits-

platzvernichtern bei SPD und Grünen, die durch ihre Ausstiegspolitik mehr als 100 000 Arbeitsplätze bei Kraftwerksbauern, -betreibern und den ihnen angeschlossenen Betrieben gefährden.

In Deutschland dürfen in Zukunft nur noch Kernkraftwerke gebaut werden, bei denen jeder nur erdenkliche Unfall auf das Reaktorgebäude beschränkt bleibt. Hierdurch wird ein Innovationssprung stimuliert, der den schon heute weltweiten Vorsprung deutscher Kernkrafttechnik weiter ausbaut. Nicht zuletzt werden hierbei auch Technologien entwickelt, die die Staaten Ost- und Mitteleuropas bei der Nachrüstung ihrer maroden Kraftwerke unterstützen.

Darüber hinaus bleibt unmißverständlich klar: Zwischenlager sind für die CDU kein Ersatz für ein Endlager, insbesondere für hochradioaktive Abfälle. Die Erkundung in Gorleben muß deshalb weitergehen.

Die CDU realisiert mit dem Artikelgesetz auch Bestandteile der Energiekonsensgespräche.

„Stichworte der Woche“ jetzt auch auf Diskette

Die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion herausgegebenen „Stichworte der Woche“ gibt es jetzt auch auf Diskette (3,5 Zoll). Dies gibt allen Lesern mit PC, die Auszüge aus den „Stichworten“ für eigene Publikationen verwenden, die Möglichkeit, schnell auf die gewünschten Texte zuzugreifen.

Wir senden Ihnen auf Anforderung eine in Winword (Version 2.0) formatierte Diskette (ASCII-Standard). Sie enthält vollständig die jeweils aktuelle „Stichworte“-Ausgabe.

Bestellungen an: **CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dokumentation**
Telefon (0228) 16 90 03, Fax (0228) 1 68 60 68

Handwerk und Mittelstand in den neuen Ländern im Aufwind

Der Mittelstand ist in den neuen Ländern zu einer tragenden Säule der dortigen wirtschaftlichen Entwicklung geworden. Besonders dynamisch haben sich die Handwerksbetriebe entwickelt. Zu diesen Feststellungen ist der Ausschuß Deutsche Einheit des Bundesrates gekommen.

Seit 1990 bis Ende 1993 seien insgesamt 976.870 Gewerbebetriebe angemeldet und im gleichen Zeitraum 366.122 wieder abgemeldet worden, womit ein Nettowachstum von 610.748 Gewerbebeanmeldungen erreicht wurde.

Auf der Grundlage der Hochrechnungen des Institutes für Mittelstandsforschung könne davon ausgegangen werden, daß aus dem Gründungsgeschehen bis Ende 1993 rd. 400.000 mittelständische selbständige Existenzen tätig geworden seien. Danach dürfte es zusammen mit den noch selbständigen Existenzen aus der ehemaligen DDR, von denen ein Teil bereits in den Gewerbebeanmeldungen enthalten sei, nunmehr etwa 440.000 Selbständige geben.

Die Anzahl der in diesen Unternehmen

beschäftigten Arbeitnehmer werde auf rd. 3,0 Millionen geschätzt.

Die regionale Verteilung der Anzahl der Existenzgründungen zeige die führende Position des Landes Sachsen mit 29,2 Prozent, gefolgt von Thüringen mit 17,3 Prozent, Brandenburg mit 16,6 Prozent, Sachsen-Anhalt mit 16,5 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern mit 10,9 Prozent und Berlin mit 9,5 Prozent. Bezogen auf die Bevölkerungszahl sei jedoch eine relativ gleichmäßige Verteilung des Gründungsgeschehens in den neuen Bundesländern erkennbar.

Das Förderinstrumentarium des Bundes zur Unterstützung von Existenzgründern und zur Festigung von Unternehmen sei stark in Anspruch genommen worden und habe für einen ständig anwachsenden Investitionsstrom gesorgt. Etwa jede zweite Existenzgründung sei durch öffentliche Mittel gefördert. An Existenzgründer seien seit 1990 Kredite über rd. 26,3 Mrd. DM zugesagt. Neben der Förderung von Existenzgründungen gewinne die Förderung von Unternehmensfestigungen zunehmend an Bedeutung.

Eine Jugend in Deutschland?

Mit der Frage, ob die Jugend in West- und Ostdeutschland sich in ihren Grundstimmungen, ihren Wertorientierungen, ihren politischen Einstellungen und ihren Lebensperspektiven einander eher annähert oder auseinanderdriftet, befaßt sich die jüngste Jugenduntersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung:

Hans-Joachim Veen u.a.
Eine Jugend in Deutschland?
Orientierungen und Verhaltensweisen der Jugend in Ost und West. Opladen 1994. 24,— DM.

Das Ergebnis ist, daß bei aller notwendigen Differenzierung das Zusammenwachsen zu einer Jugend in Deutschland nicht nur eine politische Wunschvorstellung, sondern eine reale gesellschaftliche Tendenz ist.

Medienentwicklung in Europa:

Chancen nutzen – Risiken beherrschen

Anlässlich des medienpolitischen Fachforums „Perspektiven europäischer Medienpolitik – den Fortschritt verantwortlich gestalten“, erklärte der medienpolitische Sprecher der CDU, der Parlamentarische Staatssekretär Bernd Neumann, am 10. Mai in Bonn:

Gegenwärtig stehen wir im Medienbereich – nach der Einführung des privaten Fernsehens in den 80er Jahren – erneut vor einem großen Entwicklungssprung. Die neue Technik der digitalen Kompression wird es ermöglichen, in Europa demnächst mehrere hundert Fernsehprogramme auszustrahlen. Das Fernsehen wird zum „audivisuellen Kiosk“, bei dem sich jeder sein eigenes Programm individuell zusammenstellen kann.

Dazu kommt noch die multimediale Vernetzung von Fernsehen, Computer, Telefon und Faxgeräten. Alle am europäischen Medienmarkt Beteiligten betreten hier Neuland. Alle bisherigen medienpolitischen Konzeptionen, ordnungspolitischen Grundsätze, Gesetze und Regelungen werden in Frage gestellt, sie stehen auf dem Prüfstand und müssen die neuen Entwicklungen integrieren.

Diese Entwicklung eröffnet – wie jede technische Innovation – Chancen und Risiken, mit denen sich die Medienpolitik verantwortlich auseinandersetzen muß.

Für den Bürger und Mediennutzer wird es ein erheblich erweitertes Angebot geben. Seine Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Programmen wird erheblich erweitert. Dem individuellen Interesse wird wesentlich besser Rechnung

getragen werden können. Vorstellbar sind zahlreiche zusätzliche Spartenprogramme, beispielsweise in den Bereichen Sport und Kultur. Es eröffnen sich neue Chancen für bürgernahe Regionalberichterstattung.

Interaktive Programme, in deren Programmablauf der Fernsehzuschauer selbst eingreifen kann, können unmittelbare Möglichkeiten der Mitbestimmung und Entscheidung bieten.

Die neuen Techniken werden zu einer erheblichen Kostenreduzierung bei den Übertragungswegen führen. Das senkt die Schwelle des Marktzugangs. Während bislang der Aufbau eines Senders sehr kapitalintensiv war, ist jetzt vorstellbar, daß bei geringerem Kapitalbedarf auch

Der Kommunikationsmarkt ist von zentraler Bedeutung für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

mittelständische Unternehmen in den Fernsehmarkt einsteigen. Das wird zu einer begrüßenswerten Auflockerung und Diversifizierung des Medienmarktes führen. Auf diesem vielfältig segmentierten Fernsehmarkt könnten also nicht nur die kapitalstarken Großunternehmen, sondern auch mittlere und kleinere Medienunternehmen eine Chance haben.

Der Kommunikationsmarkt ist von zentraler Bedeutung für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Dieser Markt wird in naher Zukunft größer sein als die gesamte Automobilindustrie. Europa muß versuchen, auf diesem entscheidenden Zukunftsmarkt technolo-

gisch vorn zu sein, die europäische Medienwirtschaft darf sich nicht von den Konkurrenten in Japan und USA abhängen lassen.

Daraus ergeben sich Folgen für die Technologiepolitik der Europäischen Union. Es ist erforderlich, sich auf europäischer Ebene schnellstens über gemeinsame Standards zu verständigen. Für das Zeitalter des digitalen Fernsehens darf es in Europa keine gesplitteten Märkte geben.

Auch die Entwicklung des digitalen terrestrischen Rundfunks (DAB) sollte forciert werden. Ein exportorientiertes und der Hochtechnologie verpflichtetes Land wie Deutschland sollte seine technologische Schrittmacherfunktion bei der DAB-Entwicklung nun auch durch eine konsequente Einführung unterstreichen. Die Schlüsselrolle liegt hier bei den Rundfunkanstalten.

Eine dirigistische Einführung neuer Medientechnologien „von oben“ ist abzulehnen; sie ist auch politisch nicht durchsetzbar. Schon aus marktwirtschaftlichem

Eigeninteresse heraus werden sich alle am Medienmarkt Beteiligten um eine enge Abstimmung mit den Bedürfnissen der Bürger und Mediennutzer bemühen müssen, um so eine möglichst hohe Akzeptanz zu erreichen.

Die größere Freiheit des Bürgers erfordert die Fähigkeit auch zu Selbstverantwortung. Die Möglichkeit des erweiterten Fernsehkonsums kann zu Desorientierung oder sozialer Vereinsamung führen. Erweiterte Programmfreiheit darf nicht Verantwortungslosigkeit zur Folge haben. Daher müssen Medienpolitik und Medienerziehung zu wichtigen Feldern in Universitäten und Schulen werden.

Die neuen technischen Entwicklungen sind eine große Herausforderung an die Medien- und Ordnungspolitik. Es darf keine Überregulierung oder Strangulierung der technologischen Entwicklung geben. Eine offene Entwicklung muß möglich sein. Aber auch für die neuen Spartenprogramme und Service-Dienste muß es einen rechtlichen Rahmen geben.

Klares Nein zu europaweit einheitlichen Nummernschildern für Autos

Der CDU-Europaabgeordnete Karl-Heinz Florenz hat die Frage eines Bürgers, ob er sich für europaweit einheitliche Nummernschilder für Autos einsetzen würde, mit einem klaren Nein beantwortet.

Florenz wörtlich: Eine solche Entscheidung wäre ein falsches Signal aus Brüssel, denn sie wäre lediglich ein Kennzeichen der sinnlosen Regulierungswut, brächte aber die europäische Einigung kein Stück weiter. Darüber hinaus ist im Maastrichter Vertrag ein-

deutig das Subsidiaritätsprinzip verankert, d. h., alle Fragen, die sinnvoll im Bürgerinteresse von den nationalen Parlamenten geregelt werden können, sind dort zu entscheiden, und nur Fragen von übergeordnetem gemeinschaftsbezogenem Interesse sind vom Europäischen Parlament in Brüssel zu treffen.

Europapolitik heißt nicht, alles zu vereinheitlichen, sondern dort zu harmonisieren, wo wirklicher Regelungsbedarf für das Zusammenwachsen der Völker besteht.

Adenauer-Stiftung stellt Jahresbericht vor

Neue Schwerpunkte trotz drastischer Mittelkürzungen

Anlässlich der Vorstellung des Jahresberichts 1993 der Konrad-Adenauer-Stiftung erklärte ihr geschäftsführender Vorsitzender, Gerd Langguth, vor der Presse in Bonn:

● Trotz drastischer Haushaltskürzungen hat die Konrad-Adenauer-Stiftung 1993 ihre Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern und damit ihren Beitrag zum Gelingen der inneren Einheit Deutschlands verstärkt.

● Auch die Demokratieförderung in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten stand auf der Prioritätenliste ganz oben und wurde ausgeweitet. Im Sinne einer Verantwortung für die Stabilisierung der Demokratie weltweit fließen über 50 Prozent der Stiftungsmittel in die internationale Zusammenarbeit.

● Bei der Begabtenförderung allerdings ging die Zahl der Geförderten aufgrund der Finanzlage erheblich zurück.

Rahmenbedingungen

● Nach drastischen Kürzungen ihrer Bundeszuwendungen von 1992 auf 1993 ist die Konrad-Adenauer-Stiftung, ebenso wie andere politische Stiftungen, auch im laufenden Jahr von einer erheblichen Verringerung der ihr zur Verfügung stehenden Mittel betroffen. Von 1992 bis jetzt sank der Stiftungshaushalt um rund 12,5 Prozent (von rund 208 auf rund 185 Millionen DM, jeweils ohne Baumittel).

● Diese Entwicklung hat im Personalbereich bereits zu einschneidenden Verän-

derungen geführt. Seit Ende 1992 hat die Stiftung ihre Stellenzahl um 32 reduziert, ein Abbau um weitere 20 Stellen im laufenden Jahr ist fest vorgesehen. Diese Entwicklung soll sich auch 1995 fortsetzen. Eine Vorreiterrolle nimmt die Stiftung überdies beim Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen und Job-sharing ein.

● Vor diesem Hintergrund und nach der Strukturreform im Jahr 1992 hat die Stiftung 1993 erhebliche Anstrengungen unternommen, um ihre Effizienz zu steigern und sich als Organisation auch unter den Gesichtspunkten eines modernen Managements weiterzuentwickeln.

Leistungsbilanz 1993

● Die Angebote der politischen Bildung wurden 1993 von 110.098 Bürgern wahrgenommen. Sie nahmen an etwa 2.602 Bildungsveranstaltungen der Stiftung teil. Der Anteil der Frauen und der Anteil der unter 30jährigen lag bei jeweils rund 40 Prozent.

● Stark genutzt wurden die Angebote auch in den neuen Bundesländern. Die KAS-Bildungswerke in Erfurt, in Berlin/Brandenburg, Leipzig und Rostock sowie der Ausbau des zweiten zentralen Bildungszentrums Wendgräben bei Magdeburg genießen, ganz im Sinne der Förderung der inneren Einheit Deutschlands, gegen den allgemeinen Trend zu Einsparungen, sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht Priorität.

● Neu übernommen wurde von der Hermann-Ehlers-Stiftung die Bildungsarbeit

in Hamburg, Bremen und Niedersachsen (Hannover, Oldenburg, Osnabrück), wo inzwischen Bildungswerke der KAS erfolgreich arbeiten. In Lüneburg hat die Stiftung ein Bildungswerk zusätzlich eröffnet.

- Von den herausragenden Stiftungsaktivitäten im Jahre 1993 seien hier nur der Kongreß „Europa auf dem Weg zur politischen Union“ mit dem Bundeskanzler und mehreren Ministerpräsidenten sowie die erstmalige Verleihung des KAS-Literaturpreises an Sarah Kirsch im Goethehaus in Weimar genannt.
- Wichtig war auch 1993, nicht zuletzt mit zunehmender Entwicklung der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, die Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte. Hier haben sich vor allem die Wissenschaftler des Archivs für christlich-demokratische Politik der Stiftung sehr engagiert.
- Auch bei der Förderung begabter Studenten und Graduierte aus dem In- und Ausland ist die Bilanz trotz Sparzwängen beachtlich: 1.220 deutsche Studenten und 341 deutsche Graduierte wurden ebenso gefördert wie 297 ausländische Stipendiaten. 1992 haben diese Zahlen allerdings noch bei 1.320 deutschen Studierenden, 355 deutschen Graduierten und 327 ausländischen Studenten gelegen.
- Ein besonderes Augenmerk wurde bei der Ausländerförderung auf die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas gelegt. Gerade hier ist der Bedarf und auch das deutsche Interesse an entsprechenden Programmen sehr groß.
- Die mittel- und osteuropäischen Staaten waren 1993 auch in der internationalen Arbeit ein KAS-Schwerpunkt: Im Baltikum, in Tallinn, wurde eine neue Außenstelle eröffnet. Es wurde die Entscheidung getroffen, Mitarbeiter nach Uzbekistan und nach Bulgarien (mit Zuständigkeit für Südost-Europa) zu ent-

senden und in Peking ein Büro zu eröffnen. Allerdings wurden gleichzeitig die Außenstellen in Tokio und Athen geschlossen. Insgesamt ist die Konrad-Adenauer-Stiftung in über 130 Ländern der Erde tätig.

Prioritäten im Jahr 1994

- Auf der Prioritätenliste für das Jahr 1994 steht für die Konrad-Adenauer-Stiftung die innere Einheit Deutschlands oben an. Dazu gehört insbesondere die Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte und mit Taten, Folgen und Konsequenzen der SED-Diktatur.
- Wie schon 1993 sind die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas weiterhin von höchster Bedeutung für die internationale Arbeit der Stiftung. Das Zusammenwachsen Europas kann nicht an den bisherigen Grenzen der Europäischen Union halt machen.
- Im Inland müssen die repräsentative Demokratie des Grundgesetzes und die verfassungspolitische Aufgabe der Parteien intensiv vermittelt werden, nicht nur in den neuen Bundesländern.
- Die Debatte um den Standort Deutschland wird von der KAS nachdrücklich begleitet. Zahlreiche Veranstaltungen und Publikationen, wie im März der Kongreß anlässlich der Eröffnung der Leipziger Frühjahrmesse, sind Ausdruck dafür.

Die CDU als Anbieter im DATEX-J

Die neuesten Meldungen, das Neueste der Vereinigungen, die aktuelle Argumentation der CDU, Broschüren-Texte zum direkten Laden auf dem PC, Fotos der Politiker, Material-Bestellseiten, all das finden Sie auf einen Blick.

Wählen Sie einfach: ★ **CDU** #

Diskussionspapier: „Frauen und Sucht“

Das Thema Frauen und Sucht nimmt in der gesundheits- und drogenpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland einen immer größeren Stellenwert ein.

Trotz der Initiativen der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren oder des Fachverbandes für Drogen und Rauschmittel steckt auch die geschlechtsspezifische Suchtprävention noch immer in den Kinderschuhen. Grund genug, die Problematik „Frauen und Sucht“ nicht nur der fachspezifischen Diskussion zu überlassen, sondern auch einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe hat dazu eine Broschüre herausgegeben, die einen ersten Versuch in diese Richtung darstellt. Wissenschaftlerinnen, Politikerinnen und Praktikerinnen vor Ort beleuchten die vielschichtige Problematik zu Themen, wie z. B. Suchtver-

halten bei Frauen, Ursachen der Drogenabhängigkeit bei Mädchen und Frauen und spezifische Therapiemöglichkeiten für Frauen.

Bereits im vergangenen Jahr hatte Hüppe, der auch Mitglied des Gesprächskreises „Drogen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, eine grundlegende Broschüre mit dem Titel „Stichwort Drogen“ herausgegeben.

Als Diskussionsforum gedacht, soll die neue Broschüre Ausgangspunkt einer weiterreichenden Auseinandersetzung mit diesem Thema sein.

Exemplare der Broschüre „Frauen und Sucht“ — wie aber auch von „Stichwort Drogen“ — können im Bonner Büro des Abgeordneten gegen ein Rückporto von 3 DM bezogen werden. Anschrift:

Hubert Hüppe, MdB
Bundeshaus HT 412
53113 Bonn

Ferienfreizeit auf der Insel Santorini/Griechenland

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e. V. führt vom 30. Juli bis 13. August 1994 eine Ferienfreizeit auf der griechischen Mittelmeerinsel Santorini durch. Als Programminhalte sind neben Erkundungen der einmaligen Landschaft sowie Gesprächsrunden, Spiel und Sport mit griechischen Jugendlichen auch Besuche der umliegenden kleineren Inseln Thira, Thirasia und Aspronissi sowie die Besichtigung der weltberühmten Ausgrabungsstätte einer ehemals durch Vulkanaus-

bruch verschütteten Inselsiedlung geplant.

Der Reisepreis beträgt für Mitglieder 890 DM (14 bis 26 Jahre) oder 990 DM für Nichtmitglieder. Im Reisepreis enthalten ist der Flug Frankfurt-Thessaloniki, die Unterkunft sowie Halbpension.

Weitere Informationen sind zu erfahren bei Frischluft e. V., Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Telefon (02 28) 31 00 23, Fax (02 28) 31 47 03.

Claudia Nolte: Ihr Fleiß macht's Seite 4

Suhl - vier Jahre danach: An der „neuen“ Stadt bauen viele Hände mit



Plötzlich rief Kanzler

AN-STÖSSE

ausgabe Suhl Nr. 1 - Mai 1994

Helmut Kohl aus Bonn

Mehrere hundert Rentner in Ilmenau

Klarer Fall: Suhl will nach oben

... will nach oben. Derzeit ...

... werden ...

Sie seien gerade mit Freunden ...



... übernahm ...

... übernahm ...



... übernahm ...

Maria S.: Endlich eine Wohnung, in der ich mich richtig wohl fühle

Maria S. ist glücklich. Endlich hat sie eine vernünftige Wohnung ...



... übernahm ...



Das Industrieareal als Museum in die Region aus

„ANSTÖSSE“ heißt die neue Zeitung, die in Südthüringen herausgegeben wird und über „unsere Sicht der Dinge“ berichtet. Kein vordergründiges Parteiblatt, dafür aber eine Zeitung mit klarem Standpunkt. Nicht nur an der Politik, auch an den Medien und deren Stil nehmen immer mehr Menschen Anstoß. Das neue Blatt will statt dessen Anstöße geben. „Anstöße“ erscheint in vier Lokalausgaben in einer Gesamtauflage von etwa 200.000 Exemplaren. Interessierte weitere Kreisverbände können sich dem Projekt gerne noch anschließen. — Weitere Informationen erhalten Sie über das Büro der Bundestagsabgeordneten Claudia Nolte, Bundeshaus HTA 20, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 16-3979.

Gute Ideen müssen schneller umgesetzt werden

Für einen „engeren Kontakt zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft“ hat sich der frühere Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber auf einer Veranstaltung der Jungen Union NRW im Technologiezentrum (TZJ) in Jülich ausgesprochen.

Riesenhuber war auf Einladung des stellvertretenden JU-Landesvorsitzenden Thomas Rachel nach Jülich gekommen, der daran erinnerte, daß „die Forschungspolitik mit über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes

Deutschland entscheidet“. Rachel: „Rückläufige Patentanmeldungen und der Verlust der Spitzenstellung beim Export von High-Tech-Produkten sind ein Signal dafür, daß gehandelt werden muß.“

Riesenhuber sprach sich für einen mittelfristigen Ausbau des Forschungsetats aus. Gleichzeitig bemängelte er in seinem Vortrag zur Situation der Forschung in Deutschland, daß die Umsetzung von guten Ideen, die von Forschern entwickelt würden, in Deutschland zu lange dauere.

Türanhänger für den Europa-Wahl-Tag

WÄHLEN GEHEN!

**12. Juni 1994
Deutschland zuliebe!**



CDU 

WÄHLEN GEHEN!

**Europa – gut für
Deutschland**

- ★ 5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland hängen direkt von der Europäischen Union ab.
- ★ Europa kauft jährlich für rund 300 Milliarden D-Mark bei uns ein.
- ★ Der Dreck macht nicht vor unseren Grenzen halt. Umweltschutz geht nur gemeinsam in Europa.
- ★ Die Bekämpfung der internationalen Kriminalität und die Verhinderung des Asylmißbrauchs sind nur europaweit zu meistern.
- ★ Nur die europäische Völkergemeinschaft sichert uns eine Zukunft in Frieden.

**Gehen Sie daher am
12. Juni zur Wahl.**

CDU 

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 53113 Bonn · 054

Als weitere Mobilisierungshilfe für den Wahltag liegt jeder Kreisgeschäftsstelle ein Angebot für Türanhänger, mit Wahlauf Ruf für den 12. Juni zum Preis von 40,— DM je 500 Expl. vor. — Bestellungen bitte ausschließlich über die Kreisgeschäftsstelle an die CDU-Bundesgeschäftsstelle: Abt. Information, Herrn Geiser, Friedrich-Ebert-Allee 73, 53113 Bonn.

Briefwahl-Prospekt

Verteilen Sie jetzt den Briefwahlprospekt der CDU, um alle potentiellen CDU-Wähler, die am 12. Juni nicht in Ihr Wahllokal gehen können, noch einmal an den Wahltag zu erinnern. Gründe dafür gibt es genug, (Urlaub, Beruf, Krankheit, Umzug oder z. B. auch hohes Alter), und in manchen Fällen sind diese auch nicht vorhersehbar. Um so wichtiger ist es deshalb, alle Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig auf die Möglichkeit der Briefwahl hinzuweisen. Der Briefwahlprospekt erklärt ausführlich, wie und wo die Briefwahlunterlagen für die Europa- und/oder Kommunalwahl angefordert werden können, und enthält zudem eine Postkarte zur vereinfachten Anforderung der Briefwahlunterlagen. — Weitere hilfreiche Informationen für eine effiziente und zielgerichtete Verteilung erhalten Sie bei Ihrer Kreisgeschäftsstelle.

Briefwählen - so wird's gemacht ...

Wenn Sie am 12. Juni nicht in Ihr Wahllokal gehen können, fordern Sie die Briefwahlunterlagen bei Ihrem Wahlamt an. Nutzen Sie die Briefwahl für eine gute Zukunft Deutschlands in Europa.

SICHER IN DIE ZUKUNFT CDU

Europa nutzt uns Deutschen: 8 Pluspunkte für Europa

1. Gemeinsam ist Europa stark. Nur wirtschaftlich und politisch Stimme spricht, kann Interessen in der vertreten.
2. Europa lehnt sich für deutsche. Ohne Wirtschaftliche Union Wirtschaftlich möglich: unserer die Euro-
3. Europa hat die nähergebracht.
4. Europa ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Der Reichtum Europas ist seine kulturelle Vielfalt.
5. Umweltverschmutzung kennt keine Grenzen. Saubere Umwelt gibt es nur gemeinsam in Europa.
6. Europa ist Heimat Demokratie und Menschenrechte.
7. Europa ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Der Reichtum Europas ist seine kulturelle Vielfalt.
8. Europa hat die nähergebracht.

SICHER IN DIE ZUKUNFT CDU

Bestell-Nr.: 2848
Verpackungseinheit: 500 Expl.
Preis je 500 Expl.: 45,— DM

Neu im Versandzentrum! VHS-Video „Eine wahre Geschichte“

Eine wahre Geschichte, die das Leben schrieb, ist der Titel eines unserer Werbespots zur Europawahl 1994. Werten Sie Ihre CDU-Veranstaltung auf, und stellen Sie auf Ihrer CDU-Veranstaltung oder an Ihrem CDU-Canvassing-Stand einen Fernseher mit Video-Recorder auf, an dem der Werbespot in regelmäßigen Abständen zu sehen ist. — Bestell-Nr.: 9906, Verpackungseinheit: 1 Kassette, Preis je Kassette: 19,50 DM zzgl. MwSt.

Neue Fax-Nummern

Das IS-Versandzentrum ist ab sofort auch über folgende Fax-Nummern erreichbar.

(054 23) 54 69
(054 23) 4 28 20

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Datenbank Politik

Infos und Argumente zur Politik der CDU



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

Computer-Diskette „Datenbank-Politik“

Als erste Partei Deutschlands bietet die CDU Informationen und Argumente auf Computer-Disketten an. Anhand einer übersichtlichen Bedieneroberfläche erhalten Sie somit die Möglichkeit, die verschiedenen Themen der CDU-Politik nach Stichworten sortiert aufzurufen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, zu jedem Thema gezielt weitere Unterthemen aufzurufen. Die Systemvoraussetzungen für dieses Programm sind ein IBM-kompatibler Rechner ab 386-Prozessor aufwärts, ein 3,5-Zoll-Laufwerk sowie Windows 3.1.

Bestell-Nr. 9903

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 15,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64, 33759 Versmold
Fax (0 54 23) 54 69 und 4 28 20

UID

17/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM, Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.